



Energiepolitische Positionen 2012

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.

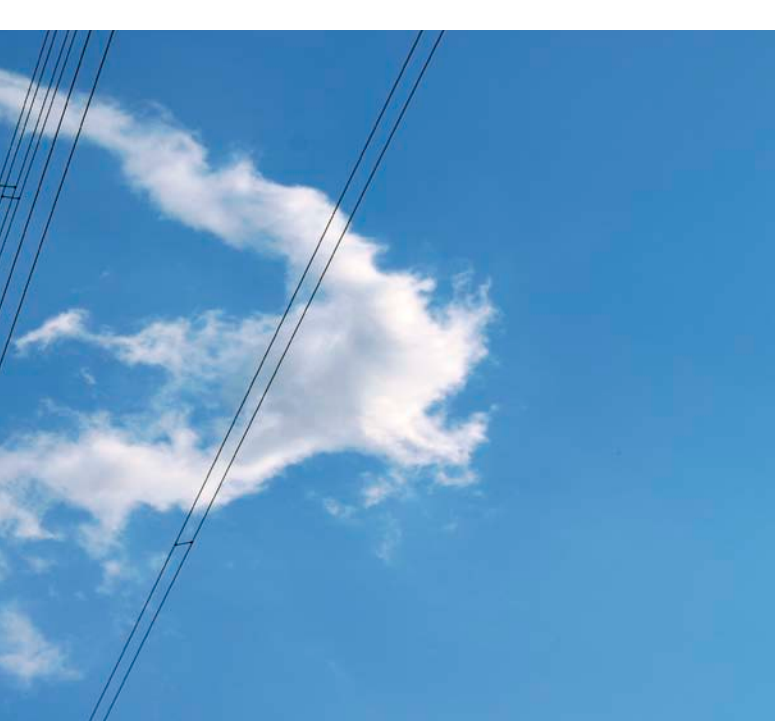


IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

INHALT

INHALT IMPRESSUM	2
1 VORWORT	3
2 ZEHN MEILENSTEINE für eine kostengünstige und zukunftsfähige Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen	4
3 WELTMÄRKTE UND VERSORGUNGSSICHERHEIT	6
3.1 Weltweit wachsende Nachfrage nach knappen Ressourcen	6
3.2 Zu wenig Investitionen in Anlagen und Netze	8
4 WETTBEWERB UND ENERGIEMARKT	10
4.1 Staatliche Lasten und Netzkostenbestandteile sind erheblich	10
4.2 Strommarkt: Anbieter- und Produktstruktur im Wandel – Risiken für Kraftwerksplanung erheblich	12
5 ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK	14
6 ENERGIEMIX IM WANDEL	16
6.1 Markt und Politik bestimmen Energiemix – Fossile Energien sind tragende Säulen	16
6.2 Beschleunigte Energiewende forciert Umbau der Energieversorgung	18
7 FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG	20
8 ENERGIEEFFIZIENZ	22

HERAUSGEBER:	IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V. Marienstraße 8 · 40212 Düsseldorf www.ihk-nrw.de
REDAKTIONSLEITUNG:	<i>Stefan Schreiber</i> , Federführer Energie und Klimaschutz NRW, IHK zu Dortmund <i>Fabian Stütz</i> , Büro Federführung Energie und Klimaschutz NRW, IHK zu Dortmund <i>Dr. Stephan Wimmers</i> , IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen
GESTALTUNG:	360° Design, <i>Ulrike Wiest</i> , Krefeld
STAND:	September 2012



VORWORT

1



Paul Bauwens-Adenauer

Bauwens GmbH & Co. KG, Köln
Präsident IHK NRW – Die Industrie- und
Handelskammern in Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung hat mit ihren Reaktionen auf die Unglücksserie im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I eine Richtungskorrektur des im September 2010 beschlossenen Energiekonzepts, das einen klaren Weg in eine regenerative Stromversorgung unter Nutzung der Brücke Kernenergie vorgesehen hatte, vorgenommen. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie hin zu erneuerbaren Energien hat sie mit der „beschleunigten Energiewende“ eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung angenommen. Der deutsche Sonderweg kann aber nur dann international zu einem Vorbild werden, wenn es gelingt, trotz des massiven Umbaus der Energieversorgung die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten.

Nordrhein-Westfalen ist mit seinem besonders hohen Anteil an der deutschen Stromerzeugung und energieintensiver Industrie Energieland Nr. 1 in Deutschland. Die Energiekosten gewinnen eine immer höhere Bedeutung bei den wichtigsten Produktionsfaktoren der nordrhein-westfälischen Industrie und damit für den Wirtschaftsstandort NRW.

Durch die weiter steigenden staatlichen Abgaben, regulatorische Eingriffe und die zusätzlichen, ordnungsrechtlichen Vorgaben des Klimaschutzes werden die marktwirtschaftlichen Mechanismen aus dem Strommarkt immer weiter verdrängt. Die Folge sind höhere Energiepreise, die die Wirtschaft in NRW an ihre Belastungsgrenze bringen. Trotzdem stellen sich die nordrhein-westfälischen Unternehmen den Herausforderungen und wollen den eingeschlagenen Weg konstruktiv begleiten.

Das vorliegende Positionspapier schreibt die „Energiepolitischen Positionen“ der IHK NRW aus dem Jahr 2009 fort und greift dabei die neuen Entwicklungen und Rahmenbedingungen auf. Energiepolitik ist dann nachhaltig, wenn sie ökonomische Vernunft mit ökologischen Verantwortlichkeiten verbindet. Unter dieser zentralen Voraussetzung beinhaltet die Energiewende zahlreiche Chancen für die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Die IHK NRW will mit der 2. Auflage der „Energiepolitischen Positionen“ einen sachbezogenen Diskussionsbeitrag leisten und die zentralen Anforderungen aus Sicht der Wirtschaft an eine sichere, wettbewerbsfähige, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung formulieren.

Paul Bauwens-Adenauer

Präsident der IHK NRW – Die Industrie- und
Handelskammern in Nordrhein-Westfalen

2

ZEHN MEILENSTEINE

für eine kostengünstige und zukunftsfähige
Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen



1 DURCH STÄRKEREN EINSATZ HEIMISCHER ENERGIETRÄGER DIE IMPORTABHÄNGIGKEIT REDUZIEREN:

NRW verfügt wie kein anderes Bundesland über große eigene Energiequellen: Das sind Braun- und Steinkohle. In zunehmendem Maße stehen aber auch regenerative Energien aus Wind, Wasser und Sonne sowie Biomasse/ Biogas bereit. Die konsequente Nutzung heimischer Energieträger stärkt die Unabhängigkeit von Energieimporten. Deshalb müssen alle Optionen auf heimische Energieträger gesichert werden.

2 ENERGIEINFRASTRUKTUR ZÜGIG MODERNISIEREN UND AUSBAUEN:

Ohne umfassende Investitionen in Kraftwerke, Netzinfrastruktur und Energiespeicher drohen in Zukunft erhebliche Versorgungsengpässe. Die politisch Verantwortlichen müssen sich entschieden für eine schnelle Genehmigung und Umsetzung entsprechender Projekte einsetzen. Ebenso haben diese sichere Rahmenbedingungen zu entwickeln, die langfristig Planungs- und Rechtssicherheit für Investoren schaffen und zügige Investitionen ermöglichen. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft, aktiv für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz dieser Vorhaben zu werben.

3 GRUNDLASTVERSORGUNG SICHERSTELLEN:

Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 erfordert die längere Nutzung fossiler Energieträger wie Stein- und Braunkohle. Die rheinische Braunkohle ist – als subventionsfreier heimischer Energieträger – ein wichtiger Pfeiler und wesentlicher Garant für eine sichere und bezahlbare (Industrie-) Stromversorgung im Industrieland NRW. Insgesamt stammen 70 Prozent des in NRW erzeugten Stroms aus Kohlekraftwerken. Die wirtschaftliche Stromerzeugung aus Kohle muss weiterhin gewährleistet bleiben. Das schließt auch die Möglichkeit eines subventionsfreien Steinkohlebergbaus mit ein. Hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung können beim Einhalten der Klimaschutzziele helfen und die schwankende Stromerzeugung durch Windenergie und Photovoltaik ausgleichen.

4 WETTBEWERB ERHÖHEN UND MARKTZUTRITTE ERLEICHTERN:

Der notwendige Um- und Ausbau von Energieinfrastrukturmaßnahmen muss ohne Verzögerung in Angriff genommen werden und sollte den Wettbewerb im Umwandlungssektor stärken. Die verantwortlichen Politiker in Bund und Land und die Behörden vor Ort müssen die Genehmigungsverfahren für neue Kraftwerke beschleunigen. Zudem sollte der Stromhandel mit dem Ausland durch den Ausbau von Kuppelkapazitäten schnellstens intensiviert werden.

5 STAATLICHE ZUSATZBELASTUNGEN SENKEN:

Die staatlichen Strompreisbelastungen für die Wirtschaft durch Stromsteuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) und CO₂-Emissionsrechtehandel sind zu hoch und müssen insgesamt reduziert werden. Der bürokratische Aufwand für Energie- und Stromsteuervergütungen, Ermäßigungen der EEG-Umlage und die Teilnahme am Emissionsrechtehandel muss vermindert werden. EEG und KWKG leisten zudem keinen eigenen Beitrag zum Klimaschutz, da die durch die zugrunde liegenden Technologien eingesparten Emissionen durch Verkauf von Zertifikaten an andere EU-Staaten dort zum Tragen kommen. Im Hinblick auf effizienten Klimaschutz müssen die einzelnen Instrumente daher besser aufeinander abgestimmt werden.



6 EU-EMISSIONSRECHTEHANDEL IN DEUTSCHLAND WIRTSCHAFTS-VERTRÄGLICH UMSETZEN:

Durch die Verringerung bzw. den Wegfall kostenfreier Emissionsrechte drohen insbesondere der Grundstoffindustrie und der Energiewirtschaft in NRW erhebliche Wettbewerbsnachteile. Neben der direkten Belastung durch Zertifikatekosten werden alle Unternehmen zusätzlich – auch heute schon – mit Stromkostensteigerungen durch die Zertifikateeinpreisung der Stromerzeuger belastet. Die Bundesregierung muss daher von den Handlungsmöglichkeiten der EU-Emissionshandelsrichtlinie im Interesse der deutschen Wirtschaft konsequent Gebrauch machen. Dazu zählt insbesondere die Möglichkeit, durch nationales Recht finanzielle Kompensationen für Sektoren vorzusehen, die durch das sog. „Carbon Leakage“¹ bedroht sind.

7 EINNAHMEN AUS KLIMAPOLITISCHEN INSTRUMENTEN SINNVOLL VERWENDEN:

Die Wirtschaft in NRW trägt den größten Teil der durch den Emissionsrechtehandel verursachten Kosten. Die Versteigerungserlöse sollten der Wirtschaft in NRW, z. B. durch staatliche Förderprogramme zur Verbesserung betrieblicher Energieeffizienz, aufkommensgerecht wieder zugutekommen.

8 MIT DER ENERGIEFORSCHUNG VERSORGUNGSSICHERHEIT UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM BLICK HABEN:

Nicht die einseitige Förderung politisch erwünschter Technologien führt zu einer nachhaltigen Energieversorgungsstruktur, sondern eine breit gefächerte Forschung, die nicht bereits im Vorfeld bestimmte Technologien bevorzugt oder ausschließt. Vor allem bei der Erzeugung von Grundlaststrom sind hoch-effiziente Kraftwerke auf Basis von Kohle und Erdgas langfristig unverzichtbar. Die Erforschung und der Einsatz optimierter Technologien zur Wirkungsgradverbesserung und CO₂-Minderung bei der Ertüchtigung und dem Neubau von Kraftwerken und Anlagen ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Die Geothermie bietet Potenziale, deren Nutzung durch gezielte Forschung zu optimieren ist. Die Entwicklung und Erprobung wirtschaftlicher und effizienter Möglichkeiten zur Stromspeicherung bedarf einer noch engeren Zusammenarbeit von Politik, Hochschulen und Unternehmen.

9 DEZENTRALE ENERGIEUMWANDLUNG FÜR GEWERBE- UND INDUSTRIESTANDORTE ERMÖGLICHEN:

Die Potenziale von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) können insbesondere bei vorhandenen oder neuen wärmeintensiven Produktionsanlagen bzw. Verbünden mehrerer Unternehmen gehoben werden. Hierzu sind entsprechende Rahmenbedingungen auch auf lokaler Ebene zu schaffen, um die Ausweisung und Genehmigung potenzieller und auf die Siedlungsentwicklung abgestimmter KWK-Standorte zu gewährleisten.

10 VERSTÄNDNIS FÜR EFFIZIENTEN UND SPARSAMEN UMGANG MIT ENERGIE SYSTEMATISCH AUSBAUEN:

Der bewusste Umgang mit Energie sollte vom Kindesalter an erlernt und in Schule und Ausbildung verinnerlicht werden. Als fester Bestandteil der Unternehmenskultur kann dies sogar Regulierung ersetzen. Bestehende Wissensdefizite bei privaten und gewerblichen Energieverbrauchern müssen durch zielgruppenspezifische Angebote systematisch abgebaut werden. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Bildungsträgern, IHK NRW und Unternehmen.

¹ Die Verlagerung von Produktion in Länder mit geringeren Klimaschutzstandards, was im Ergebnis sogar zu höheren Treibhausgasemissionen führen kann.

Weltenergieserven sind endlich:

Die nicht erneuerbaren Energieträger werden knapper und sind endlich. Das gilt insbesondere für Erdöl. Braun- und Steinkohle sowie Uran, aber auch Erdgas, sind noch für längere Zeit verfügbar. Es wird insbesondere bei den vom Weltmarkt bezogenen Energieträgern zunehmend anspruchsvoller, die Vorkommen abzubauen. Dadurch steigen die Förderkosten.

Weltweit steigende Nachfrage durch wachsende Volkswirtschaften:

Die Volkswirtschaften in vielen Schwellenländern, insbesondere in China und Indien, wachsen stark. Der Energieverbrauch ist in diesen Ländern erheblich angestiegen. Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern fortsetzt, wird der weltweite Energiebedarf 2050 doppelt so hoch sein wie im Jahr 2000.

Energiepreise steigen weiter:

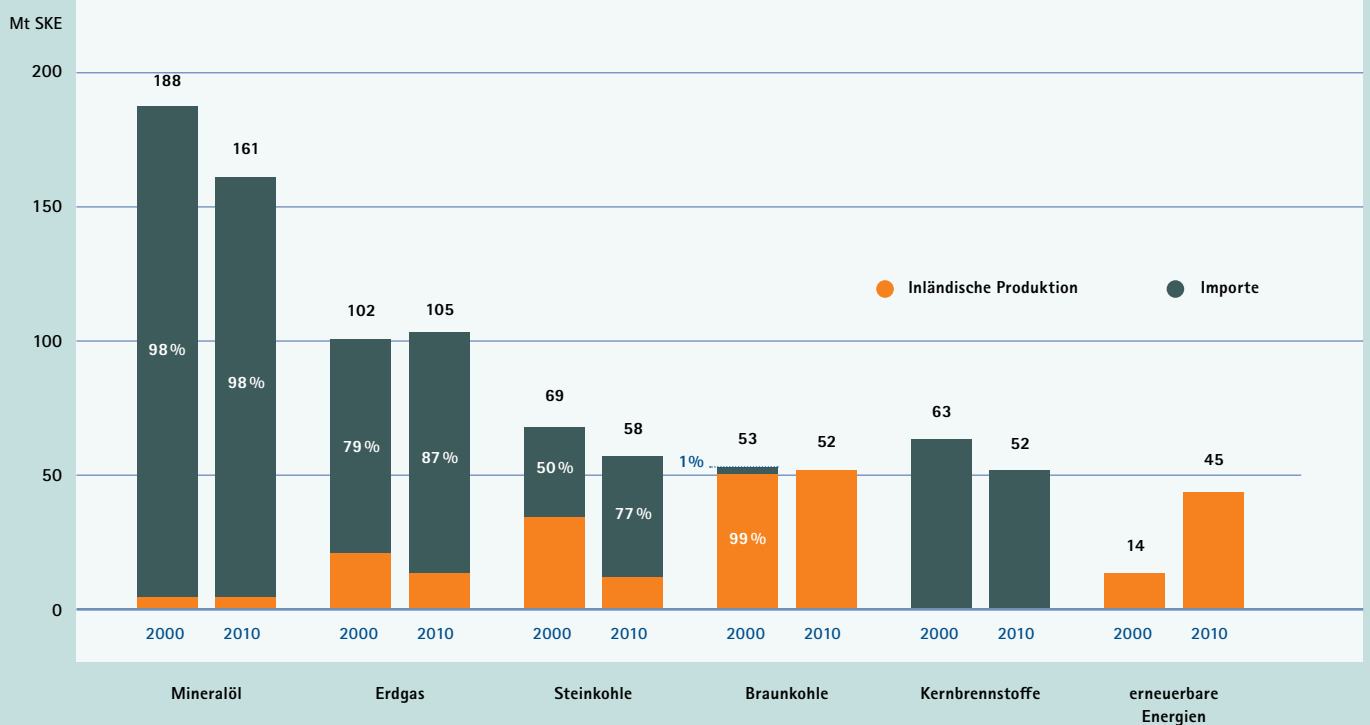
Aufgrund wachsender Nachfrage, steigender Förderkosten und Ressourcenverknappung steigen die Preise für viele Energieträger langfristig weiter an. Unklar ist, wie groß die Auswirkungen von strategischen Spekulationen an den Rohstoffbörsen auf die Preise sind.

Europas und Deutschlands Importabhängigkeit erhöht sich:

Die EU importiert heute mehr als 80 Prozent des benötigten Erdöls, fast 60 Prozent des Erdgases und einen Großteil der mineralischen und metallischen Rohstoffe für ihre Industrieproduktion. Bis 2020 wird ein weiterer Anstieg erwartet: Bei Erdöl wird die Importabhängigkeit auf über 90 Prozent und bei Erdgas auf über 80 Prozent steigen. Dabei droht eine Konzentration der Importe auf eine immer kleiner werdende Zahl von Lieferländern.

Deutschlands Abhängigkeit von russischem Erdgas wächst:

Rund ein Drittel der deutschen Erdgasimporte stammt heute aus Russland, das zusammen mit dem Iran und Katar über mehr als die Hälfte der weltweiten Erdgasreserven verfügt.

DEUTSCHLAND IST ABHÄNGIG VON ENERGIEROHSTOFF-IMPORTEN

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) 2011

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Außenpolitische Rahmenbedingungen stabilisieren:

Hohe Abhängigkeiten von politisch instabilen Energielieferländern und von wenigen Energieträgern gefährden die deutsche Versorgungssicherheit. Die Sicherung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern sollte außenpolitisch weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sollten internationale Schlichtungsverfahren entwickelt werden, um Energieträger und -transporte in Krisenfällen zu sichern.

Energieträger und -transporte geostrategisch diversifizieren:

Internationale Transitleitungen, wie beispielsweise Gaspipelines und Stromleitungen, sind ein wichtiger Zugang zur Energie. Der Bau neuer Transportkapazitäten sollte zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten von Durchleitungsländern und zur Erschließung neuer Lieferanten genutzt werden. Neue Gasbezugsquellen können auch über den Import von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas – LNG) und die stärkere Nutzbarmachung von Propan und Butan als Koppelprodukte der Erdgas- und Erdölförderung erschlossen werden. Die Diversifizierung von Lieferländern und Transitrouten muss unter geostrategischen Gesichtspunkten erfolgen.

Planungssicherheit für Investoren schaffen:

NRW braucht eine sachliche Energiepolitik, die die Voraussetzung für den Einsatz eines breiten Energiemixes schafft. Insbesondere zur Sicherung der Grundlast sind schnellstens sichere Rahmenbedingungen für neue fossile Kraftwerke bzw. die Modernisierung vorhandener Anlagen zu schaffen. Investoren benötigen dringend eine stärkere Akzeptanz für die Planung und Realisierung industrieller Großvorhaben. Nur so können die sich abzeichnenden Versorgungslücken vermieden und der Kraftwerkspark an die Herausforderungen des Klimaschutzes und eines wachsenden Anteils erneuerbarer Energien angepasst werden.

Auf heimische Energieträger setzen:

Importabhängigkeit zu reduzieren heißt vor allem, heimische Energieträger zu nutzen. Das sind zum einen Braun- und Steinkohle, zum anderen regenerative Energieträger aus Wind, Wasser und Sonne sowie Biomasse/Biogas. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie gewinnen fossile Energieträger zur Sicherung einer jederzeit verlässlichen Stromversorgung enorm an Bedeutung. Daher müssen die energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung der heimischen Energieträger sichergestellt ist und alle Optionen auf deren Nutzung offengehalten werden.

WIE ES SEIN SOLLTE:

VERSORGUNG DURCH REDUKTION DER IMPORTABHÄNGIGKEIT SICHERSTELLEN

Versorgungssicherheit ist eine elementare Voraussetzung für die Wirtschaft in NRW. Die Energieversorgung zu sichern geht einher mit einer Begrenzung und Reduktion der Importabhängigkeit, der Wahl politisch stabiler Bezugsländer, der Diversifizierung der Energieträger und einer Sicherung der Option auf heimische Energieträger. Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Umgang mit Energie erforderlich.

„Weiter zunehmende Importabhängigkeiten und unberechenbare Preissteigerungen hätten für das Energie- und Industrieland NRW fatale Folgen. Mit der heimischen Braunkohle ist eine sichere und wettbewerbsfähige Stromversorgung auf lange Sicht garantiert. NRW muss die Potenziale des Energierohstoffs Braunkohle weiterhin entschlossen nutzen.“



Bert Wirtz

moderner baubedarf Gottfried Wirtz GmbH & Co. KG,
Heinsberg,
Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen

„Alle Energieträger – von der heimischen Braunkohle bis zu den erneuerbaren Energien – müssen international die gleichen Wettbewerbsbedingungen haben. Unser Ziel ist, die Kostennachteile der deutschen Wirtschaft abzubauen.“



Heinz Schmidt

Heinrich Schmidt GmbH & Co. KG, Mönchengladbach,
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

3.2 ZU WENIG INVESTITIONEN IN ANLAGEN UND NETZE

Hindernisse für Investitionen in Anlagen und Netze sind hoch:

Auch nach Inkrafttreten des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes dauert die Planungs- und Genehmigungsphase für den Bau neuer Netze zu lange, in Ausnahmefällen bis zu zehn Jahre. Diese Vorlaufzeiten erschweren eine zeitnahe Reaktion auf entstehende Engpässe. Zudem werden neue Freileitungen von Bürgern und der Öffentlichkeit häufig nicht akzeptiert. Auch der Aus- und Neubau von Kraftwerken und Energiespeichern ruft Widerstände hervor, die die Verfahren in die Länge ziehen können.

Netzausbau kommt nur schleppend voran:

Die erneuerbaren Energien sollen bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent am Bruttostromverbrauch bereitstellen, bis 2050 sogar 80 Prozent. Für deren Integration in die Stromversorgung und einen steigenden Anteil dezentraler Erzeugung sind die deutschen Stromnetze aber nicht ausgelegt. Von den allein bis 2022 im Umfang von ca. 3.800 km neuzubauenden und ca. 4.400 km zu optimierenden Leitungen im Übertragungsnetz und ca. 380.000 km neuzubauenden Leitungen im Verteilnetz ist erst ein geringer Teil realisiert. Bereits heute sind eine drastische Zunahme von Leitungsengpässen und eine verringerte Netzstabilität feststellbar.

AUSBAUBEDARF IM DEUTSCHEN HÖCHSTSPANNUNGSNETZ NACH DEM NETZENTWICKLUNGSPLAN 2012 (LEITSZENARIO B 2022)



Kosten des Engpassmanagements erhöhen den Strompreis:

Die Engpassbildung wird sich durch den massiven Ausbau der Offshore-Windkraft sowie der Photovoltaik in Süddeutschland und der damit verbundenen Verstärkung der Nord-Süd-Unterschiede in der Stromerzeugung weiter verschärfen. Die vier Übertragungsnetzbetreiber steuern die Drosselung der Kraftwerke vor den Engpässen und die Zuschaltung der Erzeugungsanlagen dahinter. Die durch diese sogenannten Redispatch-Maßnahmen entstehenden Kosten werden auf die Netznutzungsentgelte umgelegt und erhöhen so den Strompreis.

Kraftwerkskapazitäten sind erneuerungs- und ausbaubedürftig:

Da die erneuerbaren Energien wetter- und jahreszeitabhängig einen ungleichen Stromertrag liefern, können sie nur in sehr geringem Umfang gesicherte Leistung zur Verfügung stellen: Bei der Windkraft beträgt diese 5 bis 10 Prozent, bei der Photovoltaik sogar nur ca. 1 Prozent. Wind und Sonne ersetzen damit zwar Brennstoffe, aber keine Kraftwerke. Zudem steht rund die Hälfte der heute in Deutschland betriebenen Kraftwerke vor dem Ende der geplanten Lebensdauer. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie wird diese Problematik zusätzlich verschärft. Neben dem Ersatz wegfallender Kapazitäten muss bis 2020 bei konstanter Stromnachfrage zusätzlich 10 GW gesicherte Leistung zur Verfügung gestellt werden.

Energiespeicher stehen nicht ausreichend zur Verfügung:

Energiespeicher helfen, die schwankende Leistung der erneuerbaren Energien abzufedern und so die Stromversorgung in Deutschland zu stabilisieren und „Blackouts“ zu vermeiden. Zur Verfügung stehen heute lediglich ca. 45 GWh Speicherkapazitäten (vor allem in Form von Pumpspeicherkraftwerken). Um im Jahr 2030 eine nahezu windfreie Woche durch gespeicherte Energie zu überbrücken, bräuchte man rechnerisch das ca. 70-fache der heutigen Kapazität.

Lastmanagement ist nur eingeschränkt nutzbar:

In Abstimmung mit den Übertragungsnetzbetreibern können Industriebetriebe zur Vermeidung von Engpässen einzelne Maschinen oder Anlagen abschalten. Um die Last hinreichend schnell und in ausreichendem Maße zu reduzieren, kommen dafür allerdings nur bestimmte Unternehmen infrage. Die Bundesregierung plant zurzeit eine sog. „Abschaltverordnung“. Große Industriebetriebe, denen im Notfall zur Stabilisierung der Netze der Strom abgestellt werden kann, erhalten dann eine entsprechende Vergütung. Eine Abschaltung der Anlagen ist in vielen Betrieben aber nur für eine kurze Zeitspanne möglich.

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Netzausbau vorantreiben:

Der Ausbau der deutschen Stromnetze muss deutlich beschleunigt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Um- und Ausbau von Netzen und Trassen müssen auf maximal fünf Jahre verkürzt werden. Für eine intelligente Vernetzung („Smart Grids“) müssen IT-Lösungen entwickelt und erprobt werden. Der regulatorische Rahmen (insbes. Anreizregulierung) muss verlässlich sein, den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen und Neuinvestitionen fördern. Auch das deutsche Gas-Fernleitungsnetz ist auf Grundlage des Netzentwicklungsplans kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Kraftwerkspark modernisieren:

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit kann auf absehbare Zeit auf hocheffiziente und hochflexible Kohle- und Gaskraftwerke nicht verzichtet werden. Aufgrund von Verdrängungseffekten aus der Zunahme der Einspeisung regenerativer Energieträger gibt es langfristig jedoch nicht ausreichend Investitionsanreize. Für die künftige Modernisierung des Kraftwerksparks, d. h. Erneuerung und Neubau, sind langfristig verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Speichertechnologien entwickeln und einsetzen:

Pumpspeicherkraftwerke lassen sich zwar nicht unbegrenzt realisieren. Ihre Potentiale müssen aber regional besser genutzt werden und dürfen nicht aufgrund zu hoher Umweltauflagen scheitern. Alternative Speichertechnologien sind noch nicht hinlänglich erprobt. Die Entwicklung entsprechender Speicher (vor allem elektrochemische Speicher wie z. B. in Elektrofahrzeugen, Druckluftspeicher, Wasserstoff- und Methanspeicher, Wärmespeicher und virtuelle Speicher) muss daher vorangetrieben werden, insbesondere auch mit dem Ziel einer kostengünstigen Lösung zur Sicherung international wettbewerbsfähiger Strompreise.

Energiesystem ganzheitlich betrachten und Projektmanagement für die Energiewende organisieren:

Erzeugungsanlagen, Netze und Speicher dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind als miteinander verzahnte Bausteine einer integrierten Energieinfrastruktur zu verstehen. Daher müssen Planungen frühzeitig und besser aufeinander abgestimmt werden. Die erstmalige Aufstellung der bundesweiten Netzentwicklungspläne Strom und Gas (NEPs) in 2012 ist ein wichtiger Schritt. Notwendig ist ein an den Zielen der Bundesregierung ausgerichteter, langfristiger und ganzheitlicher Masterplan zur Entwicklung der Energieinfrastruktur. Die Energiewende ist ein höchst umfassendes und komplexes Projekt, das ein miteinander verzahntes Projektmanagement auf Bundes- und Landesebene erfordert. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen die Fäden der zahlreichen Einzelmaßnahmen in einer Hand zusammenlaufen.

WIE ES SEIN SOLLTE:

ANLAGEN UND NETZE FÜR EINE SICHERE ENERGIEVERSORGUNG WEITERENTWICKELN

Die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung ist für das Gelingen der Energiewende unerlässlich. Die Energieinfrastruktur muss an die künftigen Anforderungen angepasst und weiterentwickelt werden. Dafür bedarf es massiver Investitionen in die Netzinfrastuktur sowie die Erzeugungs- und Speichereinrichtungen.

Energieverbrauchende Unternehmen stärker in Lastmanagement einbinden:

Die geplanten Regelungen beim Lastmanagement stehen nur wenigen Unternehmen mit hinreichender produktionstechnischer Flexibilität zur Verfügung. Durch eine Öffnung für weitere Teilnehmer kann eine höhere Inanspruchnahme und damit insgesamt mehr Flexibilität erreicht werden. Überbetriebliche Kooperationen verschaffen überdies auch mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit zur Mitwirkung beim Lastmanagement (Poolbildung). Vergütungen durch die „Abschaltverordnung“ sind marktwirtschaftlich, z. B. durch ein Ausschreibungsverfahren, zu regeln. Das derzeit vorgesehene Festsetzen von Vergütungen engt den wettbewerblichen Rahmen im Strommarkt noch weiter ein.

Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausbauen:

Durch KWK-Anlagen kann überall dort, wo Abnehmer bzw. Nutzer von Wärmemengen vorhanden sind, eine dezentrale, hocheffiziente und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleistet werden. Das gilt insbesondere für Wärmemengen, die in Produktionsprozessen genutzt werden. Im Fall einer lastnahen Erzeugung wird als weiterer Vorteil der Transport von Strom über die Übertragungs- und Verteilnetze vermieden und so die Versorgungssicherheit gestärkt.

„Die Stromnetze müssen mit Blick auf die Versorgungssicherheit deutlich schneller ausgebaut werden als bisher. Ansonsten gefährden Leitungsengpässe und Netzindestabilitäten die Zukunftsfähigkeit der Industriestandorte in NRW!“



Klaus Th. Vetter
Vetter Holding GmbH, Siegen
Präsident der Industrie- und Handelskammer Siegen

Staatliche Lasten am Energiepreis steigen weiter:

Die staatlichen Energiepreisbelastungen für die Wirtschaft sind zu hoch. Bei industriellen Kunden betrug der Anteil am Strompreis 2011 rund 52 Prozent – bei steigender Tendenz. Gerade wegen der staatlichen Preisbestandteile gehören die Industriestrompreise in Deutschland zu den höchsten. Auch der Gaspreis enthält rund 27 Prozent Steuern und Abgaben.

Effizienzdefizite beim parallelen Betrieb von Strom- und Gasnetzen möglich:

Je größer das Netz, d.h. je mehr Verbraucher angeschlossen sind, umso günstiger können die meist fixen Netzkosten auf alle Nutzer verteilt werden. Ein paralleler Betrieb von mehreren Netzen in einem Gebiet ist im Allgemeinen wenig effizient, weil die Kosten dann nur auf wenige Verbraucher verteilt werden können.

Zahlreiche Eigentümerwechsel bei Strom- und Gasnetzen:

Die Übertragungsnetze wurden zum großen Teil von den großen Energieversorgern an Neueigentümer verkauft. Die Strom- und Gasverteilnetze gehören oft kommunalen und regionalen Versorgungsunternehmen.

Preise und Bedingungen der Netznutzung werden durch die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden festgeschrieben:

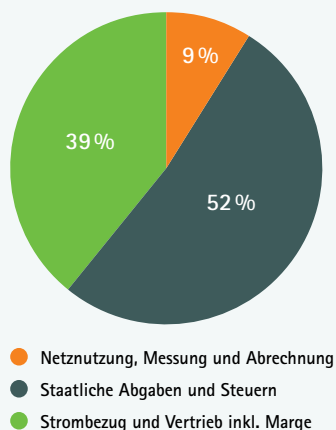
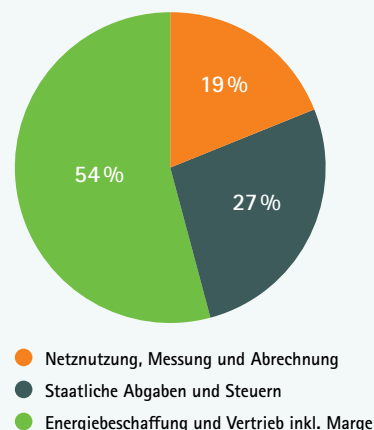
Zwischen den Netzbetreibern herrscht kein Wettbewerb. Wer Strom oder Gas zum Verbraucher bringen will, muss das von Behördenseite regulierte Netzentgelt bezahlen. Die Regulierungsbehörden in den Ländern und die Bundesnetzagentur legen Erlösobergrenzen der Netzbetreiber fest und genehmigen die Netzentgelte. Diese wurden bereits in mehreren Schritten gesenkt.

Regulierung setzt Anreize, Effizienzgewinne weiterzugeben:

Effizienzfortschritte im Netzbetrieb senken die Netzkosten. In der Vergangenheit gab es kaum Anreize, effektiver zu werden und die erzielten Vorteile in sinkende Netzpreise einfließen zu lassen. Um die Netzbetreiber zu mehr Effizienz anzuregen, startete die Bundesnetzagentur 2009 die Anreizregulierung. Seitdem wird den Betreibern nach Ermittlung der Netzkosten eine Erlösbegrenzung vorgeschrieben. Wer investiert und Effizienzgewinne erreicht, darf einen höheren Erlös erzielen.

Baukostenzuschüsse und Konzessionsabgaben sind beachtliche Kostenbestandteile:

Die Netzbetreiber verlangen für den Netzausbau Baukostenzuschüsse. Die Kommunen erhalten Konzessionsabgaben für die Gewährung von Wegenutzungsrechten.

KOSTENBESTANDTEILE DES STROM- UND GASPREISES IM JAHR 2011**Kostenbestandteile des Strompreises****Kostenbestandteile des Gaspreises**

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Staatliche Lasten begrenzen und abbauen:

Energiepreise sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine weitere Zunahme der staatlichen Lasten ist nicht mehr hinnehmbar, anzustreben ist im Gegenteil eine Rückführung der Lasten, z. B. durch eine Senkung der Strom- und der Energiesteuer.

Anreizregulierung muss technische Qualität der Netze sichern:

Schon geringe Netzschwankungen und Ausfallzeiten sind in sensiblen Produktionsprozessen nicht tolerierbar. Investitionen in die Qualität und Stabilität der Netze müssen weiterhin gezielt vorgenommen werden können.

Ein genereller Produktivitätsfaktor ist abzulehnen:

Der in der Anreizregulierung vorgesehene generelle Produktivitätsfaktor setzt voraus, dass auch ein bereits effizienter Netzbetreiber seine Produktivität jährlich um 1,5 Prozent schneller steigert als die Gesamtwirtschaft. Dies ist im Hinblick auf die technologische Entwicklung und die Langfristigkeit der Investitionen in Strom- und Gasnetze erkennbar nicht der Fall. Der Faktor sollte deshalb entfallen.

Konzessionsabgaben vereinheitlichen:

Wegenutzungsrechte sollten an ihren wirtschaftlichen Werten bemessen werden. Die Konzessionsabgaben sollten nach bundesweit einheitlichen Standards geregelt werden, um Wechselprozesse zu vereinfachen und die Wettbewerbsintensität weiter zu erhöhen.

WIE ES SEIN SOLLTE:

NETZSYSTEM ZUKUNFTSFEST MACHEN – ANREIZE FÜR UMBAU UND INNOVATIONEN SCHAFFEN

Um die Kosten der Netznutzung als Bestandteile der Strom- und Gaspreise sachgerecht festzulegen, braucht Deutschland eine wirksame Anreizregulierung. Diese muss Anreize für Effizienzsteigerungen setzen, aber auch für Innovationen und Investitionen.

„Mehr als die Hälfte des industriellen Strompreises besteht mittlerweile aus Steuern und Abgaben. Dies belastet die Wettbewerbssituation der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten bereits deutlich und macht ein Umdenken im politischen Raum erforderlich.“



Dirk Grünewald

Heinrich Grünewald GmbH & Co. KG Bauunternehmung, Oberhausen
Präsident der Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen

„Die deutsche Wirtschaft muss für zahlreiche energiepolitische Instrumente zahlen. Das belastet die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der energieintensiven Unternehmen. Es ist dringend notwendig, den klima- und energiepolitischen Nutzen der Abgaben für EEG und KWK sowie der Stromsteuer und des CO₂-Emissionshandels zu überprüfen. Doppelbelastungen müssen abgeschafft werden.“



Ernst-Michael Hasse

Schwering & Hasse Elektrodraht GmbH, Lügde
Präsident der Industrie- und Handelskammer Lippe zu Detmold

WIE ES IST:

4.2 STROMMARKT: ANBIETER- UND PRODUKTSTRUKTUR IM WANDEL – RISIKEN FÜR KRAFTWERKSPLANUNG ERHEBLICH

In der Stromerzeugung dominieren die Großanbieter, verlieren aber Marktanteile:

Vier große Unternehmen mit einem Marktanteil von rund 70 Prozent im Jahr 2011, zahlreiche Stadtwerke und einige private Unternehmen mit eigenen Kraftwerken sowie immer mehr dezentrale und regenerative Stromerzeugung kennzeichnen die Situation in Deutschland. Dabei hat sich in den letzten Jahren die Marktstruktur zulasten der Großzeuger gewandelt. Die europäischen Strommärkte wachsen zunehmend zu einem großen Marktgebiet zusammen. Deutschland liegt mit neun Nachbarstaaten als Energie-Transitland im Zentrum des Energiebinnenmarktes. Zudem ist im europäischen Vergleich eine zunehmende Wettbewerbsverzerrung durch große staatlich gestützte Unternehmen aus dem Ausland beobachtbar.

Planungsrechtliche Vorgaben und Vorbehalte der Bürger schränken Ausbau ein:

Ob es um den Bau neuer Kraftwerke oder den Ausbau der Netzinfrastruktur geht – fast immer sorgen planungsrechtliche Vorgaben und Vorbehalte der Bürger vor Ort dafür, dass derartige Vorhaben sich über viele Jahre hinziehen oder sogar verhindert werden. Nur in seltenen Fällen gelingt es, durch frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit und Mediation, die Projekte ohne Verzögerungen zu realisieren.

Geringer Einfluss von Verbrauchern auf Strompreise:

Kurzfristig können Stromabnehmer auf Preiserhöhungen nicht mit einer Verbrauchssenkung reagieren. Händler und Weiterverteiler sind aufgrund fehlender Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, Spitzen auszugleichen.

Investitionen werden zunehmend unattraktiv:

Im Zuge der Energiewende werden zukünftig verstärkt hochflexible, konventionelle Kraftwerke benötigt, die die schwankende Leistung der erneuerbaren Energien kompensieren. Aufgrund deren Vorrangs in der Einspeisung und der damit zu erwartenden, deutlich verringerten Ausnutzung konventioneller Kraftwerke (Verdrängungseffekte) drohen Investitionen in diese zukünftig unwirtschaftlich zu werden. Zudem wird der Energiemarkt von zunehmender Regulierung bestimmt. Vorgaben der EU werden in Deutschland häufig so interpretiert, dass die Regeln nicht nur übernommen, sondern verschärft werden.

Die Möglichkeiten für Stromimporte sind begrenzt:

Die Übertragungsnetze lassen eine Belieferung aus dem Ausland nur eingeschränkt zu. Zahl und Kapazitäten der Grenzübertragungsstellen (Kuppelstellen) reichen nicht aus.

KRAFTWERKSSTANDORTE IN NRW

ENERGIETRÄGER

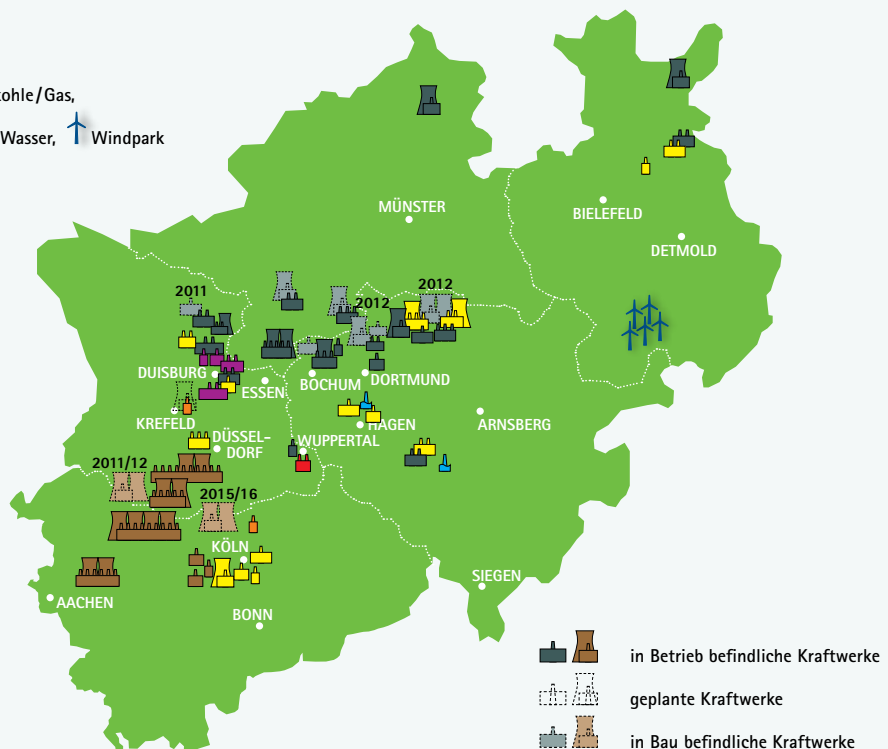
■ Braunkohle, ■ Steinkohle, ■ Steinkohle/Gas,
■ Gas/Heizöl, ■ Gas, ■ Gichtgas, 💧 Wasser, 🌬 Windpark

ANZAHL DER KRAFTWERKSBLÖCKE

▢ = 1, ▢ = 2, ▢ = 3, usw.

ELEKTRISCHE BRUTTOLEISTUNG

🏠 bis 200 MW
🏠 bis 500 MW
🏠 bis 750 MW
🏠 750 bis 1.500 MW
🏠 1.500 bis 2.500 MW
🏠 2.500 bis 3.500 MW
🏠 > 3.500 MW



FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen:

Künftig muss es in NRW im Regelfall möglich sein, rechts-sicher mit dem Bau eines Kraftwerks nach einer höchstens dreijährigen Vorlaufzeit zu beginnen. Mehrfachzuständigkeiten und Entscheidungsverzögerungen zwischen Behörden müssen vermieden werden.

Verlässliche Rahmenbedingungen zur Sicherstellung ausreichender Kraftwerkskapazität schaffen:

Für die Erneuerung sowie den Ausbau und den Erhalt der deutschen Kraftwerkskapazitäten sind dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierfür sind freie und unverzerrte Marktpreise für elektrischen Strom die beste Gewähr. Kurz- und mittelfristig sind zudem Maßnahmen zu vermeiden, die Bestandskraftwerke wirtschaftlich weiter belasten; sie werden nämlich zum Ausgleich der schwanken- den Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit dringend be- nötigt. Langfristig kann die Einführung von wettbewerblich organisierten Kapazitätsmechanismen, die diskriminierungs- frei gegenüber allen Brennstoffen und Marktteilnehmern sowie bestehenden und neuen Anlagen ausgestaltet sind, zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit beitragen.

Vorbehaltlose Diskussion für den Um- und Ausbau von Energieinfrastruktur:

In den Kommunen muss in allen gesellschaftlichen Bereichen eine sachliche Diskussion über eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung geführt werden. Die Verant- wortlichen dürfen nicht ad hoc den Begehren einzelner Gruppen nachgeben, sondern müssen sich entschieden für den unabdingbaren Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur (Umwandlung, Netze, Speicher) und bereits genehmigte Projekte einsetzen.

„Der enorme Ausbau der erneuerbaren Energien, der notwendigen fossilen Grundlastkraftwerke und der Netze, der durch die Energiewende erforderlich wird, scheint vor dem Hintergrund technischer und finanzieller Möglichkeiten mehr Wunschdenken als realistische Planung zu sein. Ich wünsche mir deutlich mehr energiepolitische Sachlichkeit und Realität bezüglich der Umsetzbarkeit und Finanzierung der Energiewende.“



Paul Bauwens-Adenauer
Bauwens GmbH & Co. KG, Köln
Präsident der IHK NRW und
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln

WIE ES SEIN SOLLTE:

KRAFTWERKSERNEUERUNG ERLEICHTERN

Um Investitionen im Strommarkt zu erreichen, müssen ausreichende Marktsignale gesetzt und das Umfeld für Kraftwerksinvestitionen verbessert werden. Zudem sollte der Stromhandel mit EU-Mitglied- und Nachbarstaaten künftig durch den Ausbau weiterer Kuppelkapazitäten erleichtert werden.

Gesetzes- und Verfahrensänderungen verlässlich gestalten:

Investitionsentscheidungen im Bereich der Stromerzeugung dürfen nicht durch unbeständige Regelungen, wie z. B. bei der Einspeisevergütung oder dem Emissionsrechtehandel, gefährdet werden. Investoren müssen mit berechenbaren Rahmenbedingungen planen können.

Europäische Vorgaben nicht national verschärfen:

Die Vorgaben der EU haben das Ziel, einheitliche Wettbewerbs- bedingungen in Europa zu schaffen. In Deutschland werden diese Vorgaben aber regelmäßig verschärft. Dies führt dazu, dass die Unternehmen in Deutschland einen Wettbewerbs- nachteil gegenüber ihren Nachbarländern haben. Um dies zu verhindern, sind die Vorgaben aus Brüssel 1:1 in nationales Recht umzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Industrie- emissionsrichtlinie, die bis Januar 2013 in nationales Recht überführt sein muss.

Kuppelstellenkapazität erhöhen:

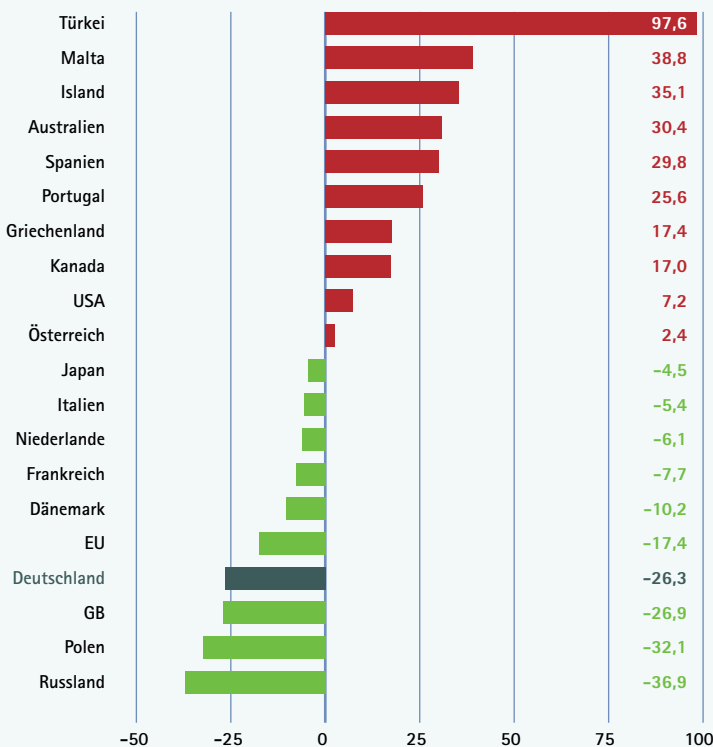
Um ausländischen Stromanbietern den Zugang zum deutschen Strommarkt – und somit deutschen Unternehmen den Zugang zum europäischen Strommarkt – zu erleichtern, müssen die Grenzübertragungsstellen schnellstens ausgebaut werden. Dies ist Voraussetzung für einen funktionierenden europäi- schen Handel.

„Wir brauchen für den Neubau von Kraftwerken sowie den Ausbau der Netze hin zu einer dezentralen Struktur mehr Akzeptanz für notwendige Infrastrukturvorhaben. In Politik und Gesellschaft muss mehr Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass der Umbau unseres Energieerzeugungs- und Versorgungssystems Raum benötigt und hohe Priorität genießen muss.“



Friedhelm Sträter
Sträter Management GmbH, Solingen
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

VERÄNDERUNGEN BEIM AUSSTOSS VON TREIBHAUSGASEN
AUSGEWÄHLTER ANNEX I-STAATEN VON 1990 BIS 2009
(OHNE LANDNUTZUNG ODER FORSTWIRTSCHAFT)



Quelle: UNFCCC 2012

**Das EU-Energie- und Klimapaket von 2009
verfolgt ehrgeizige Ziele:**

Bis 2020 soll erreicht werden:

- 20 Prozent Verringerung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990;
- 20 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch;
- 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz.

Diese Ziele werden konkretisiert in Richtlinien zum Emissionsrechtehandel, zum Einsatz erneuerbarer Energien und zu Energiedienstleistungen. Die Richtlinien sind von allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen.

**EU-Emissionsrechtehandel und geplante
Klimaschutzmaßnahmen belasten die Wirtschaft:**

Die novellierte Emissionshandelsrichtlinie sieht für die dritte Handelsperiode signifikante Änderungen am System des Emissionshandels vor. Für die Stromerzeugung wird es schon ab 2013 keinerlei kostenlose Zuteilung mehr geben. Gleichzeitig wird die kostenlose Zuteilung an die Industrie stufenweise von 80 Prozent in 2013 auf 30 Prozent in 2020 reduziert. Ohnehin werden deutsche Unternehmen durch den in den einzelnen EU-Ländern unterschiedlichen Energiemix sowie Sonderregelungen im Wettbewerb benachteiligt. Zudem werden allein durch das „Integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm des Bundes“ (IEKP) ab 2015 Zusatzkosten von ca. 30 Mrd. Euro pro Jahr erwartet.

Deutsche Politik will die EU-Ziele „übererfüllen“:

Das Energiekonzept der Bundesregierung setzt ehrgeizige Ziele bis 2020:

- 40 Prozent Verringerung der Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990;
- 10 Prozent Senkung des Energieverbrauchs;
- 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz.

Zur Erreichung der Ziele der Energiewende sind nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums innerhalb von zehn Jahren noch zusätzliche Einsparungen im Umfang von etwa 70 Mio. t CO₂ notwendig. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass es einen europäischen Energiebinnenmarkt gibt, in dem auch Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke ihren Platz haben. Die Anstrengungen im Rahmen der deutschen Klimaschutzpolitik, die den europäischen Emissionsrechtehandel berühren (z.B. indirekt die Förderung der erneuerbaren Energien), führen dazu, dass den übrigen EU-Staaten mehr Emissionsberechtigungen zur Verfügung stehen, da der EU-weite Cap davon unberührt bleibt.

„Nachhaltige Klimaschutzpolitik kann man nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft umsetzen. Niemand kann die Erfolge in Abrede stellen, die im letzten Jahrzehnt erreicht wurden – durch Investitionen der Wirtschaft. Aber: Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. Ideologisch motivierte regionale Alleingänge nützen unter dem Strich nichts, schwächen die Unternehmen und bedrohen Arbeitsplätze.“



Jürgen Fiege

Privatbrauerei Moritz Fiege, Bochum
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Mittleres Ruhrgebiet

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Klimaschutz muss global erfolgen:

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der nur durch kollektives weltweites Handeln begegnet werden kann. „Insellösungen“ für Europa, Deutschland, Nordrhein-Westfalen oder gar Kommunen sind praktisch wirkungslos und daher abzulehnen. CO₂-Minderungsmaßnahmen müssen dort stattfinden, wo sie besonders (kosten)effizient umgesetzt werden können.

EU-Emissionsrechtehandel in Deutschland wirtschaftsverträglich umsetzen:

Die novellierte EU-Emissionshandelsrichtlinie sieht für die dritte Handelsperiode (2013-2020) signifikante Änderungen am System des Emissionsrechtehandels vor. Das neue Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) muss unbürokratisch und wirtschaftsverträglich umgesetzt werden. Wesentliche Vorgaben der EU-Emissionshandelsrichtlinie, beispielsweise die Entlastung der energieintensiven Industrien wie auch die beschlossene EU-Befreiung von Kleinemittenten unter 25.000 Jahrestonnen CO₂ vom Emissionshandel, müssen rasch organisiert werden. Die Bundesregierung muss sich für eine europaweite Gleichbehandlung beim Emissionsrechtehandel einsetzen und außerdem von den Handlungsmöglichkeiten der EU-Emissionshandelsrichtlinie im Interesse der deutschen Wirtschaft konsequent Gebrauch machen. Dazu zählt insbesondere die Möglichkeit, durch nationales Recht finanzielle Kompensationen für Sektoren vorzusehen, die durch das sogenannte „Carbon Leakage“ bedroht sind.

Internationale Projekte müssen berücksichtigt werden:

Die Durchführung und Anrechenbarkeit von Klimaschutzprojekten auf Grundlage der internationalen Instrumente „Joint Implementation“ (JI) und „Clean Development Mechanism“ (CDM) muss vereinfacht und verbessert werden. Dies fördert aus unternehmerischer Sicht die Attraktivität klimaschutzfördernder Maßnahmen und stärkt die Exportpotentiale deutscher Klimaschutztechnik.

Einnahmen aus klimapolitischen Instrumenten sinnvoll verwenden:

Die Wirtschaft in NRW trägt den größten Teil der Kosten, die durch den Emissionsrechtehandel verursacht werden. Die Versteigerungserlöse sollten der Wirtschaft in NRW, z. B. durch staatliche Förderprogramme zur Verbesserung betrieblicher Energieeffizienz, aufkommensgerecht wieder zugutekommen.

WIE ES SEIN SOLLTE:

GLOBALE KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK AUS EINEM GUSS

Die Energie- und Klimapolitik in Europa und Deutschland muss die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Unternehmen benötigen dringend Planungs- und Investitionssicherheit. Einseitige und überzogene Forderungen gefährden den Wirtschaftsstandort und damit Arbeitsplätze. Ein Erfolg der deutschen Energiepolitik setzt eine nahtlose Einbettung in die europäische Energiestrategie voraus. Deren Ziel ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch die Versorgungssicherheit von Wirtschaft und Bevölkerung sowie die Bezahlbarkeit.

CO₂-arme Energieumwandlung stärken:

Um unnötig hohe Belastungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden, ist bei der Auswahl von Klimaschutzmaßnahmen verstärkt auf Kosteneffizienz zu achten. Hier leistet die Wirkungsgradverbesserung in konventionellen Kraftwerken einen wichtigen Beitrag. Die Forschung in CO₂-arme Energieumwandlung ist zu verstärken.

Lösungen zur CO₂-Problematik entwickeln:

Effektiver Klimaschutz erfordert innovative Ansätze. Technologien zur Abspaltung und Speicherung (CCS) und auch stofflichen Nutzung (CCU) von CO₂ können zukünftig möglicherweise einen Beitrag leisten, die CO₂-Emissionen in die Atmosphäre deutlich zu reduzieren. Deshalb sind diese Technologien weiterzuentwickeln und im Rahmen von Demonstrationsanlagen zu erproben.

„Mit Blick auf die „Energiewende“ in Deutschland kommt es mehr denn je darauf an, eine zuverlässige, ausreichende und international wettbewerbsfähige Energieversorgung sicherzustellen. Die steigenden Energiekosten belasten die wirtschaftliche Entwicklung. Und wenn schon Emissionshandel, dann in jedem Fall wirtschaftsverträglich und ohne Wettbewerbsverzerrungen in Europa.“



Burkhard Landers

Landers GmbH, Wesel
Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg

**Preisentwicklungen und Politik
haben Energiemix gestaltet:**

Die Ölkrise von 1973 führte zu erhöhter Gasnachfrage und zum Ausbau der Kernenergie. Nach 1990 nahm infolge der Deindustrialisierung in Ostdeutschland die Braunkohleverstromung ab. Die erneuerbaren Energien wurden und werden durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausgebaut. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen.

Energiemix berücksichtigt alle Energieträger:

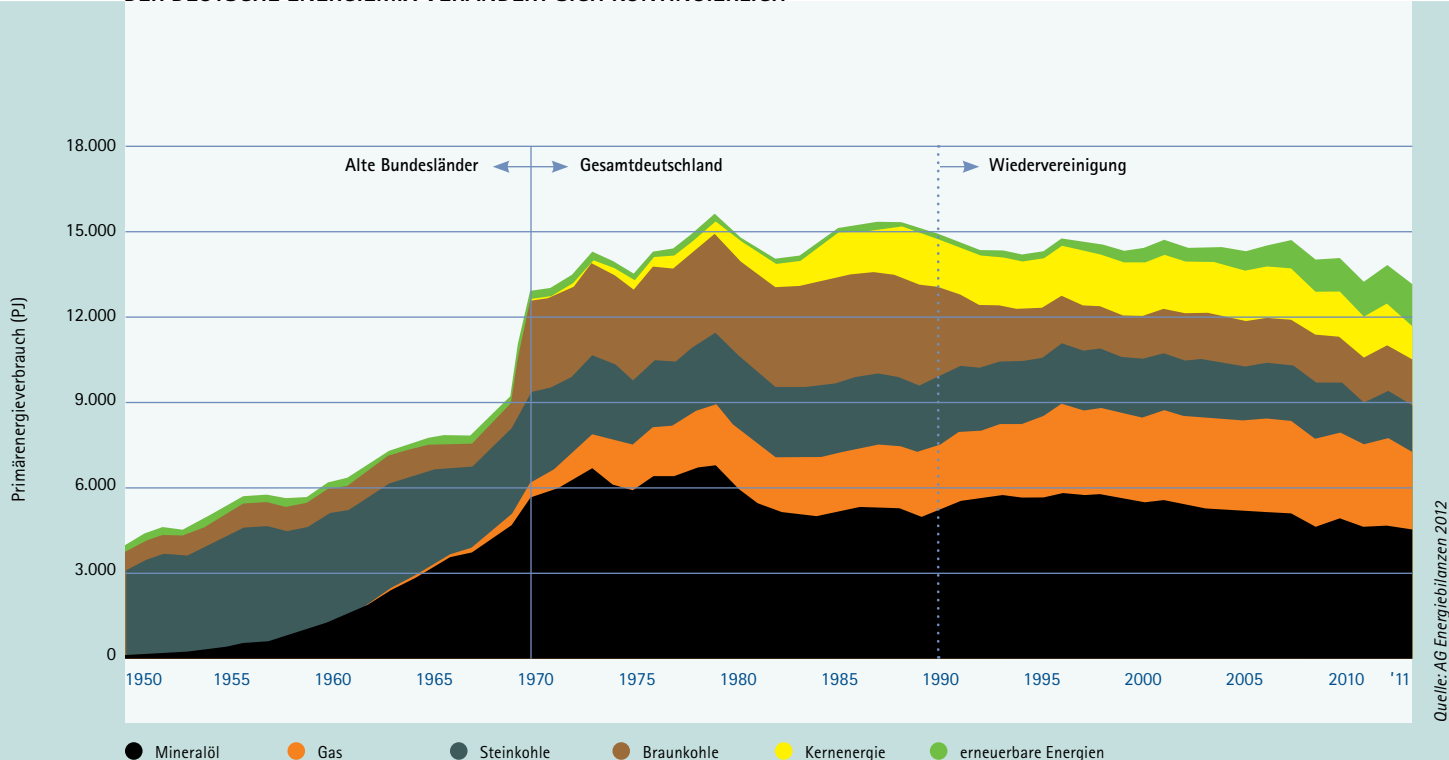
Im Jahr 2011 hatte Deutschland einen Energiemix, der sich auf die Primärenergieträger Erdöl (34,0 Prozent), Erdgas (20,4 Prozent), Steinkohle (12,6 Prozent), Braunkohle (11,7 Prozent), erneuerbare Energien (10,9 Prozent), Kernenergie (8,8 Prozent) und sonstige Energieträger einschließlich Stromaustauschsaldo (1,6 Prozent) stützte.

**NRW-Energiewirtschaft ist stark in
Braun- und Steinkohle:**

Die nordrhein-westfälischen Energieunternehmen erzeugten 2010 rund 28 Prozent des deutschen Stroms. Bundesweit stammten in diesem Jahr über 50 Prozent des mit Braunkohle erzeugten Stroms sowie über 46 Prozent des auf Steinkohle basierenden Stroms aus NRW. Insgesamt setzte sich die Stromerzeugung in NRW wie folgt zusammen: 41,2 Prozent Braunkohle; 30,8 Prozent Steinkohle; 16,0 Prozent Erdgas/Mineralöl, 6,3 Prozent erneuerbare Energien sowie 5,7 Prozent Sonstige.

Anteil der Windkraft im Energiemix nimmt zu:

Rund 38 Prozent des derzeit durch erneuerbare Energien in Deutschland produzierten Stroms wird durch Windkraft erzeugt. Das entspricht rund 8 Prozent der Bruttostromerzeugung. Nach Einschätzung von Experten liegen hier die größten Ausbaupotenziale. Der Photovoltaik-Anteil hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Aktuell beträgt dessen Anteil an der Stromerzeugung 3,2 Prozent. Kontinuierlich gestiegen ist auch der Anteil der Stromerzeugung aus Biomasse auf derzeit 5 Prozent. Der Beitrag der Wasserkraft ist über die Jahre relativ konstant geblieben.

DER DEUTSCHE ENGERMIEX VERÄNDERT SICH KONTINUIERLICH

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Diskussion um Energieträger versachlichen:

Eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung lässt sich auf Dauer nur in einem breiten gesellschaftlichen Konsens verwirklichen. Der Neubau und die Modernisierung von Kraftwerken und der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur müssen aus der ideologischen Grundsatzdiskussion heraus und in einem auf Fakten und Argumenten beruhenden Dialog geführt werden. Das gilt auch für die Beurteilung der Energieträger.

Umbau der Energieversorgung mit Monitoring begleiten:

Nur mit einem Monitoringverfahren, das die Auswirkungen des geplanten Umbaus der Energieversorgung auf Preisstabilität und Versorgungssicherheit laufend registriert, ist ein kurzfristiges Gegensteuern von Seiten der Politik bei Gefährdung dieser Ziele möglich. Dies betrifft insbesondere den Aufbau weiterer Kraftwerkskapazitäten (sowohl im fossilen als auch im regenerativen Bereich) sowie den Ausbau der Energieinfrastruktur.

Grundlastversorgung sicherstellen:

Der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 erfordert die längere Nutzung fossiler Energieträger wie Stein- und Braunkohle. Die rheinische Braunkohle ist – als subventionsfreier heimischer Energieträger – ein wichtiger Pfeiler und wesentlicher Garant für eine sichere und bezahlbare (Industrie-) Stromversorgung im Industrieland NRW. Insgesamt stammen 70 Prozent des in NRW erzeugten Stroms aus Kohlekraftwerken. Die wirtschaftliche Stromerzeugung aus Kohle muss weiterhin gewährleistet bleiben. Das schließt auch die Möglichkeit eines subventionsfreien Steinkohlebergbaus mit ein. Hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung können beim Einhalten der Klimaschutzziele helfen und die schwankende Stromerzeugung durch Windenergie und Photovoltaik ausgleichen.

Option auf heimische Energieträger sichern:

Die geplante schrittweise Senkung des Braunkohleabbaus in den rheinischen Tagebauen ist vor dem Hintergrund der weltweiten Energiepreise und der fortschreitenden Entwicklung der CO₂-Abscheidung neu zu bewerten. Der Abbau der heimischen Steinkohle sollte nach 2018 nicht kategorisch ausgeschlossen werden, sofern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine subventionsfreie Förderung erlauben. Politische Beschlüsse dürfen dem nicht im Wege stehen. Um das bergbautechnische Know-how in NRW zu sichern, ist die Einrichtung eines Forschungsbergwerks unter technischen und finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen.

WIE ES SEIN SOLLTE:

CHANCEN DURCH VIELFÄLTIGEN ENERGIEMIX WAHREN

Kein Energieträger kann isoliert eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Deshalb ist ein möglichst breiter Energiemix aus heimischen und importierten Energieträgern erforderlich. Die Nutzung heimischer Energiequellen wie Stein- und Braunkohle, Erdgas, erneuerbare Energien und brennbare Koppelprodukte stärkt die Versorgungssicherheit.

„Eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung lässt sich auf Dauer nur mit einem möglichst breiten Energiemix verwirklichen. Dazu gehören sowohl heimische als auch importierte fossile und insbesondere regenerative Energieträger.“



Harald Rutenbeck

Wilhelm Rutenbeck GmbH & Co. KG, Schalksmühle
Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen

„Energie muss sicher und bezahlbar sein, wenn der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft wettbewerbsfähige Unternehmen in der Breite aller Branchen aufweisen soll. Grundsätzlich sollten alle heimischen Energieträger genutzt werden, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu begrenzen.“



Dr. Benedikt Hüffer

Aschendorff GmbH & Co. KG, Münster
Präsident der Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen

WIE ES IST:

6.2 BESCHLEUNIGTE ENERGIEWENDE FORCIERT UMBAU DER ENERGIE- VERSORGUNG

Politik leitet beschleunigten Umbau der Energieversorgung ein:

Im Sommer 2011 wurde von der Bundesregierung das Eckpunktepapier „Der Weg zur Energie der Zukunft – sicher, bezahlbar und umweltfreundlich“ vorgelegt. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch von derzeit rund 20 Prozent auf 35 Prozent im Jahr 2020 steigen. Im Jahr 2050 sollen die erneuerbaren Energien 80 Prozent abdecken. Dabei unterstellen die Szenarien erhebliche Stromimporte.

Schwankende Einspeisung der erneuerbaren Energien erfordert erhöhte Anstrengungen:

Die witterungsabhängigen Energiequellen Sonne und Wind erfordern erhöhte Anstrengungen, um im Bedarfsfall ihren Ausfall oder ihre Überproduktion zu kompensieren. Damit das Stromnetz stabil bleibt, müssen Schwankungen bei der Stromerzeugung ausgeglichen werden. Dies muss großflächig durch Stromnetze, entsprechende Reservekraftwerke oder durch zusätzliche Speicher erfolgen. Hierzu sind intelligente Regelungsinstrumente und ein Ausbau der Netzinfrastruktur zwingend erforderlich. Der Netzausbau hält jedoch mit dem Zuwachs der Einspeisung aus erneuerbaren Energien nicht mit. Das führt immer häufiger zu Schwierigkeiten, den Strom aus Wind und Sonne abzutransportieren.

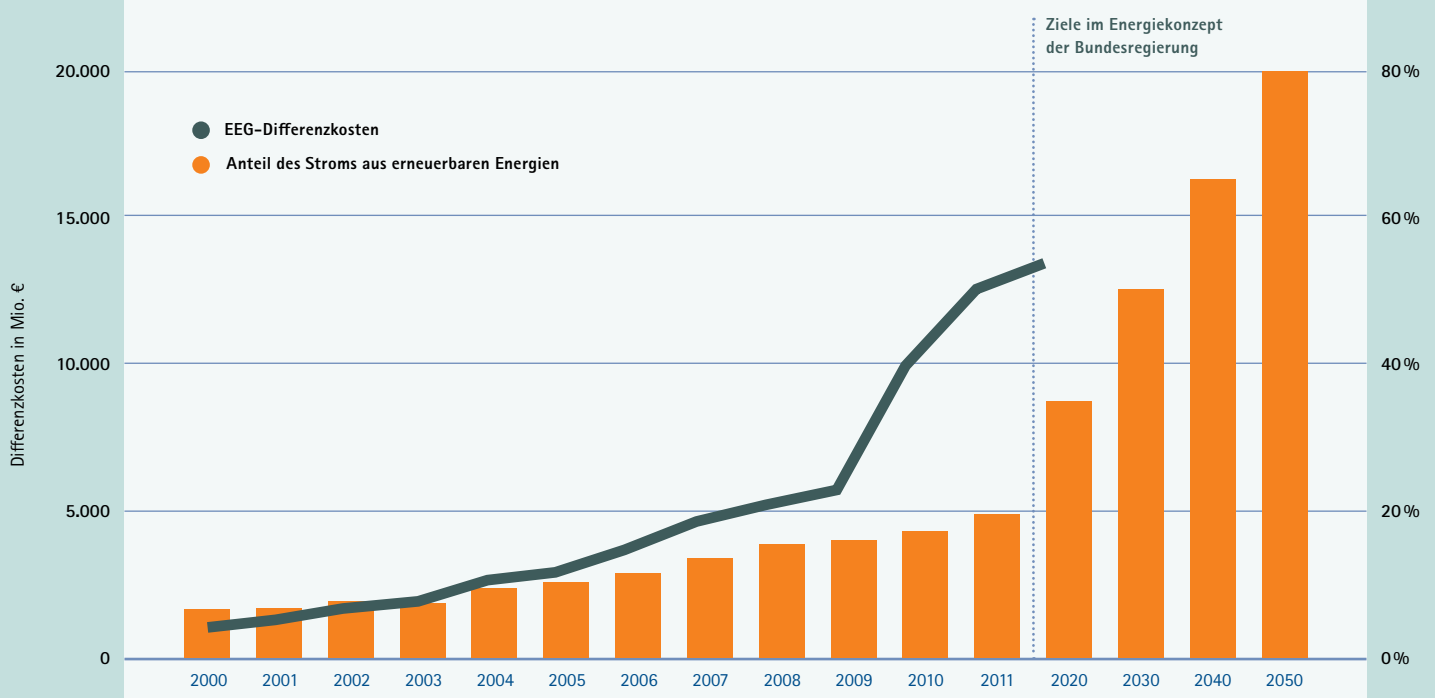
Kosten für erneuerbare Energien sind erheblich:

Die Höhe der EEG-Einspeisevergütungen ist nach Angaben der vier Übertragungsnetzbetreiber von rund 9 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf mehr als 17 Mrd. Euro im Jahr 2011 gestiegen. Unter Berücksichtigung des Stromwerts verbleiben Differenzkosten von rund 13 Mrd. Euro im Jahr 2011. Weitere Kostensteigerungen sind zu erwarten. Im Rahmen der Energiewende fallen, beispielsweise für Netzanschluss, Ausbau der Netzinfrastruktur, Netzentgelte, Netzstabilisierungsmaßnahmen und Leitungsverluste, zusätzliche Kosten in Höhe von mehreren Mrd. Euro an. Diese Kosten belasten die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in erheblichem Maße und mindern deren Wettbewerbsfähigkeit.

Förderung erneuerbarer Energien im Ungleichgewicht:

2011 hatten die erneuerbaren Energien einen Anteil von 20 Prozent an der Bruttostromerzeugung. An die Photovoltaik-anlagenbetreiber wurde rund die Hälfte der EEG-Förderung bei 3 Prozent Anteil an der Bruttostromerzeugung ausgezahlt. Die Windkraftanlagenbetreiber bekamen hingegen bei einem Anteil von 8 Prozent an der Bruttostromerzeugung etwa ein Viertel der Gesamtfördersumme. In Anbetracht des anhaltend starken Zubaus an Photovoltaik ist mit einer Verstärkung dieses Ungleichgewichts zu rechnen.

ENTWICKLUNG DER EEG-DIFFERENZKOSTEN UND DES ANTEILS ERNEUERBARER ENERGIEN AM BRUTTO-STROMVERBRAUCH



Quelle: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. 2012

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Chancen der Energiewende nutzen:

Die Energiewende ist erfolgreich, wenn sie Deutschland unabhängiger von Energierohstoffimporten macht, den Klimaschutz verbessert, neue Absatzmärkte für innovative Energieumwandlungs- und Speichertechnologien schafft und gleichzeitig den Industriestandort sichert. Deutsche Unternehmen sind in vielen Bereichen Technologie- und Marktführer und müssen diese Position auch weiterhin im globalen Wettbewerb verteidigen. Es darf nicht dazu kommen, dass heimische Unternehmen gegenüber Mitbewerbern aufgrund ungleicher Standort- und Wettbewerbsbedingungen weiter Marktanteile verlieren oder zukünftig in Deutschland nicht mehr investieren.

EEG-Förderung wettbewerbs- und innovationsorientiert gestalten:

Zur Gewährleistung stabiler und bezahlbarer Strompreise muss bei der Förderung der erneuerbaren Energien viel stärker als bisher auf Kosteneffizienz geachtet werden. Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit sollten den Ausschlag für die Investitionsrangfolge geben. Die Förderung von neuen Energieträgern muss unter der Vorgabe einer schnellen Marktintegration erfolgen und darf keinesfalls als Dauersubvention verstanden werden. Aus diesem Grund ist eine Vergütung für überschüssigen regenerativ erzeugten Strom, d. h. für solchen, der keine Abnehmer findet, nicht sinnvoll. Bei einer EEG-Umlage in Höhe von rund 3,6 Cent/kWh ist die finanzielle Belastungsfähigkeit der Unternehmen bereits lange überschritten. Staatlich induzierte Preisaufschläge sind kontinuierlich auf ihre Berechtigung zu überprüfen und schnellstmöglich durch Preisbildungsmechanismen am Markt zu ersetzen. Solange der staatliche Anteil nicht gesenkt wird, müssen Sonderregelungen für stromintensive Unternehmen gelten. Weitere Strompreiserhöhungen müssen verhindert werden.

„Die Energiewende ist bislang leider nur eine Zielvorstellung und kein klar beschriebener Weg. Die Politik muss endlich aufzeigen, wie die hochgesteckten Ziele erreicht werden sollen, wie der Ausbau der Netze, die Erneuerung der konventionellen Kraftwerke oder der Aufbau von Energiespeichern vorstattengehen soll. Es fehlt ein Rahmenplan, der den Ausbau der erneuerbaren Energien und der benötigten Infrastruktur miteinander in Einklang bringt.“



Udo Dolezych
Westdeutsche Drahtseil-Verkauf Dolezych GmbH & Co. KG,
Dortmund,
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

WIE ES SEIN SOLLTE:

UMBAU DER ENERGIEVERSORGUNG GEMEINSAM MIT DER WIRTSCHAFT GESTALTEN

Ohne eine verlässliche Energieversorgung zu wirtschaftlichen Preisen sind die Unternehmen, insbesondere der energieintensiven Grundstoffindustrie, am Standort Nordrhein-Westfalen nicht wettbewerbsfähig. Dabei kommt diesem Sektor auch im Hinblick auf die Produktion von energieeffizienten Produkten und Anlagen im Bereich erneuerbare Energien sowie der nachfolgenden Wertschöpfungskette eine strategische Bedeutung zu. So sichern intelligente, klimaschonende und energieeffiziente Produkte und Technologien – gerade auch in der Energieumwandlung – die Marktführerschaft in diesen Bereichen und tragen zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland bei. Die Energiewende birgt daher auch wirtschaftliche Chancen, wenn sie mit Augenmaß betrieben wird und die Politik die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den Vordergrund stellt.

Netzstabilität auch bei verstärkter Nutzung erneuerbarer Energien sicherstellen:

Erneuerbare Energien müssen im gleichen Maße wie andere Energieträger zur Netz- und Versorgungsstabilität beitragen. Dies kann durch die Entwicklung von geeigneten preiswerten Speichertechnologien sowie durch eine bessere Einbindung mittels intelligenter Stromnetze („Smart Grids“) erfolgen.

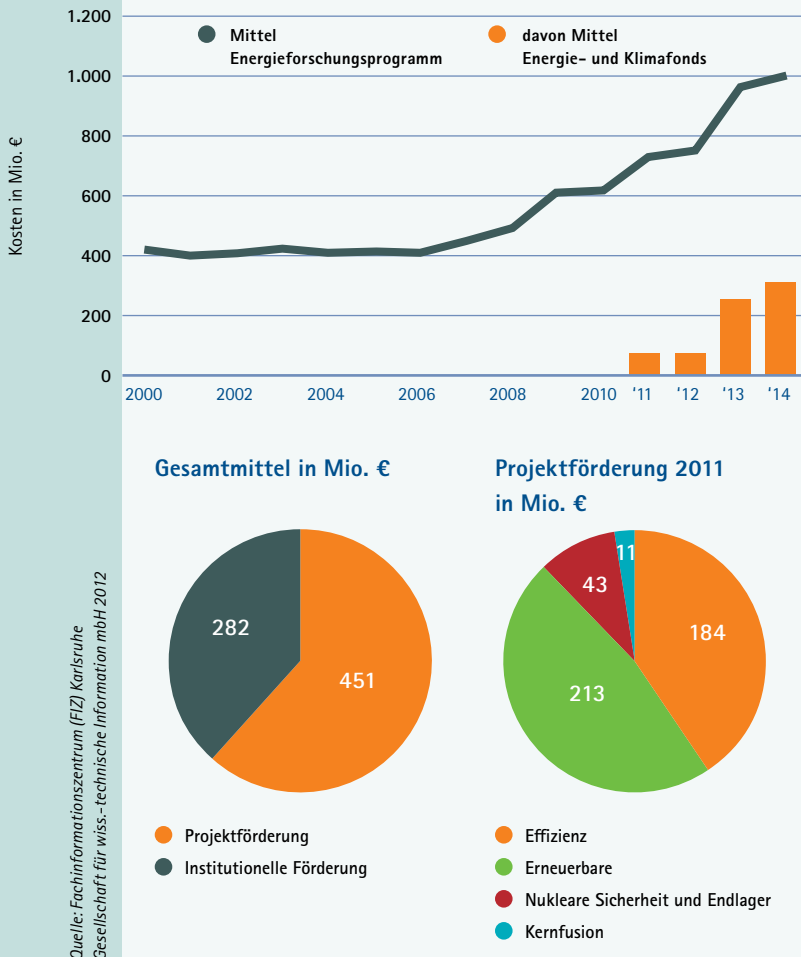
Dezentralen Ansatz der erneuerbaren Energien nutzen:

Erneuerbare Energieträger bieten sowohl kommunalen Versorgern als auch privaten und gewerblichen Investoren die Möglichkeit, Strom verbrauchernah zu erzeugen. Im Hinblick auf die relativ hohe gesicherte Leistung sollten die Potenziale von Wasserkraft- und Biomasse/Bioabfall-Anlagen besser genutzt und die Anlagentechnik weiter optimiert werden. Zusätzlich sind einheitliche Steuerungseinheiten für die Anbindung der zahlreichen kleinen Anlagen zu entwickeln, um eine optimale Nutzung der Anlagen zu ermöglichen.

„Die Energiewende kann nur dann zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen, wenn die Politik verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Dabei sind die Interessen der gesamten Wirtschaft zu berücksichtigen. Dies sichert die Chancen deutscher Unternehmen, sich mit ihren innovativen, energieeffizienten und klimaschonenden Produkten und Technologien im globalen Wettbewerb zu positionieren.“



Wolfgang Griebel
Phoenix Software GmbH, Bonn,
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Bonn/Rhein-Sieg

ENTWICKLUNG DER MITTEL IM
ENERGIEFORSCHUNGSPROGRAMM UND FÖRDERSCHWERPUNKTE**Neue Werkstoffe und Verfahren sind zur effizienten Energieumwandlung nötig:**

Mit neuen Werkstoffen und Verfahren kann die Effizienz fossiler Kraftwerke oder die Leistungsfähigkeit von Solar- und Brennstoffzellen gesteigert werden. Die Bio- und Nanotechnologie lassen erhebliche weitere Potentiale erwarten.

Fortschritte sind an Tempo in klassischen Technologiefeldern gebunden:

Heute wie morgen werden im Anlagen- und Kraftwerksbau Werkstoffe mit komplexen Eigenschaften benötigt. Auch Fertigungsverfahren und Wirkungsgrade müssen optimiert werden. Das Zusammenwirken aller ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen bestimmt die Dauer der erforderlichen Entwicklungszeit und damit auch der nachfolgenden, technischen Realisierung.

Ungleichgewicht bei der Forschungsförderung birgt Risiken:

Die Politik beeinflusst Forschungsziele und -intensität mit Förderprogrammen. Nicht selten werden politisch erwünschte Technologien massiv unterstützt. Eine optimale Förderung konventioneller Kraftwerkstechnik ist aber ebenso wichtig wie z. B. die Entwicklung regenerativer Erzeugungsanlagen. Wenn sich die Industrie bei der Erforschung bestimmter Technologien zurückhält, ist dies häufig ein Zeichen dafür, dass dem Produkt nur geringe Marktchancen eingeräumt oder die Investitionsrisiken als zu hoch eingeschätzt werden.

Technische Entwicklung innovativer Netz- und Verteilstrukturen ist von besonderer Dringlichkeit:

Die Forschung im Bereich der Versorgungsstrukturen bei Strom und Wärme bietet nach wie vor große Potenziale. Die unstete Verfügbarkeit von Strom aus dezentraler Erzeugung sowie Kleinkraftwerke und deren Vernetzung machen neue Strukturen und eine intelligente Steuerung nötig. Die verstärkte Integration der erneuerbaren Energien stellt besondere Anforderungen an das Transportnetz und an die Verteilnetzstruktur. Wurden diese bisher überwiegend zur unidirektionalen Verteilung der Energie aus der nächsthöheren Spannungsebene genutzt, so müssen sie zukünftig vermehrt auf Änderungen der Lastflussrichtung reagieren.

Endlagerung nuklearer Abfälle politisch ungeklärt:

Deutschland verfügt wegen politischer Entscheidungsdefizite bisher nicht über ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Für schwach- und mittelradioaktive Abfälle steht nach derzeitiger Planung ab 2019 das Eisenerzbergwerk Konrad in Salzgitter zur Verfügung. Um einen Standort zu finden, der für die sichere Lagerung hochradioaktiver Abfälle geeignet ist, findet aktuell eine ergebnisoffene Erkundung statt.

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Kraftwerke mit verbesserten Wirkungsgraden vorantreiben:

Vor allem bei der Erzeugung von Grundlaststrom sind Kraftwerke auf Basis von Kohle und Erdgas langfristig unverzichtbar. Dies muss auch bei der Erforschung optimierter Technologien zur Wirkungsgradverbesserung und der CO₂-Minderung berücksichtigt werden. Um global nennenswerte Erfolge bei der CO₂-Minderung zu erreichen, sind die Entwicklung hocheffizienter Kraftwerke und die verstärkte Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung besonders wichtig.

Forschung in Technologien zur CO₂-Abspaltung und -Speicherung (CCS) sowie -Nutzung (CCU) fortführen:

Die Forschung in Technologien zur Abspaltung und Speicherung (CCS) sowie Bindung von CO₂ als potentieller Beitrag zum Klimaschutz ist fortzuführen und in Demonstrationsanlagen zu erproben. Gleiches gilt für die Erforschung und Entwicklung von Technologien zur stofflichen Nutzung von CO₂ (CCU) für die industrielle Anwendung.

Private Forschung stimulieren:

Mitunter werden Ergebnisse aus der Grundlagenforschung nicht befriedigend für den Markt erschlossen. Es fehlt an ausreichender – von der Industrie unterstützter – Anwendungsforschung. Für kleine und mittelgroße Unternehmen ist eine eigene Forschung oft zu teuer und wirtschaftlich zu riskant. Diese Barriere muss durch die Rücknahme der Besteuerung von Funktionsverlagerungen, des Mantelkaufs und der Zinsschranke abgebaut werden.

Forschung in sichere Technologien zur Endlagerung verstärken:

Auch nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie ist eine gesicherte und dem Bedarf entsprechende Endlagerung radioaktiver Abfälle eine zwingende Notwendigkeit. Standortfindung, Bau, Betrieb und Sicherung von Endlagern sind staatliche Aufgaben von besonderer Dringlichkeit. Auch muss die Forschung zur Abtrennung und Umwandlung von besonders langlebigen radiotoxischen Elementen aus hochradioaktiven Abfällen (Partitioning und Transmutation) verstärkt werden, um das Abfallvolumen zu reduzieren.

Forschung in Verteilnetze und Energiespeicher vorantreiben:

Innovative Netz- und Verteilstrukturen sind die Voraussetzung, um bei gestiegener Komplexität des Gesamtsystems die Balance zwischen Erzeugung, Speicherung und Verbrauch halten zu können. Die Forschungsanstrengungen in diesem Bereich sind daher zu intensivieren. Gleiches gilt für die Forschung in neue, möglichst kostengünstige Möglichkeiten zur Stromspeicherung.

WIE ES SEIN SOLLTE:

ENERGIEFORSCHUNG AUF BREITER FRONT STÄRKEN

Die Forschung auf dem Gebiet der Energieumwandlung und der Energieversorgung muss intensiviert und mit einem systemischen Ansatz betrieben werden. Sowohl die staatlichen wie die privaten Förderanstrengungen müssen gesteigert werden. Die Fördermittel müssen ausgewogen auf die aussichtsreichsten Forschungsgebiete verteilt werden.

Forschungsnachwuchs fördern:

Energieforschung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Energiethemata müssen wesentlich stärker als bisher in der (Aus-) Bildung verankert werden. Für die anstehenden Forschungsaufgaben werden insbesondere hochqualifizierte Ingenieure und Naturwissenschaftler mit ausgeprägtem Querschnittswissen benötigt.

Ungleichgewichte bei der Forschungsförderung vermeiden:

Nicht die einseitige Förderung politisch erwünschter Energien führt zu einer nachhaltigen Energieversorgungsstruktur, sondern eine breit gefächerte Forschung. Vor allem eine nach Verbrauchsgruppen und Verteilebenen optimierte Energieumwandlung sowie Effizienzsteigerungen beim Einsatz fossiler Energieträger erscheinen vielversprechend.

„Forschung und Entwicklung ohne ideologische Scheuklappen sind die Grundlage für erfolgreiche Konzepte in der Energiepolitik. Die vor mehr als einem Jahr eingeleitete Energiewende lässt noch viele Fragen offen, deren sachliche und emotionslose Beantwortung derzeit auf sich warten lassen. Nordrhein-Westfalen mit seiner starken Industrie verfügt über ein exzellentes energietechnisches Know-how. Das sollten wir nutzen!“



Ralf Kersting

Olsberg Hermann Everken GmbH, Olsberg
Präsident der Industrie- und Handelskammer Arnsberg

Ehrgeizige Ziele der EU und Deutschlands:

Bis 2020 will die EU den Primärenergieverbrauch um 20 Prozent gegenüber den bisherigen Prognosen senken. Auch das Energiekonzept der Bundesregierung zielt auf einen massiven Rückgang des Primärenergieverbrauchs in Deutschland gegenüber 2008 von 20 Prozent bis 2020 bzw. 50 Prozent bis 2050 ab. Der Stromverbrauch soll bis 2020 um 10 Prozent und bis 2050 um 25 Prozent sinken. Der Gebäudebestand soll bis 2050 nahezu klimaneutral sein. Werden diese Ziele verfehlt, sind die Klimaschutzziele ebenfalls nicht zu erreichen. Energieeffizienz ist also der Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Bis 2020 soll sich die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln. Bisher lag die jährliche Steigerung bei 1,65 Prozent. In den nächsten acht Jahren müsste sie verdoppelt werden.

Zahlreiche Instrumente vorhanden:

Sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland gibt es viele Informationsangebote, ordnungspolitische Instrumente und Fördermaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Produktion und Konsum (z. B. Ökodesign-Richtlinie, Regelungen zur Energieverbrauchskennzeichnung, Energieeinsparverordnung, Richtlinie Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, Energiekennzeichnung, diverse Beratungsangebote und Förderprogramme der KfW, des BAFA und der Länder).

Entwicklung des Endenergieverbrauchs in der EU stagniert:

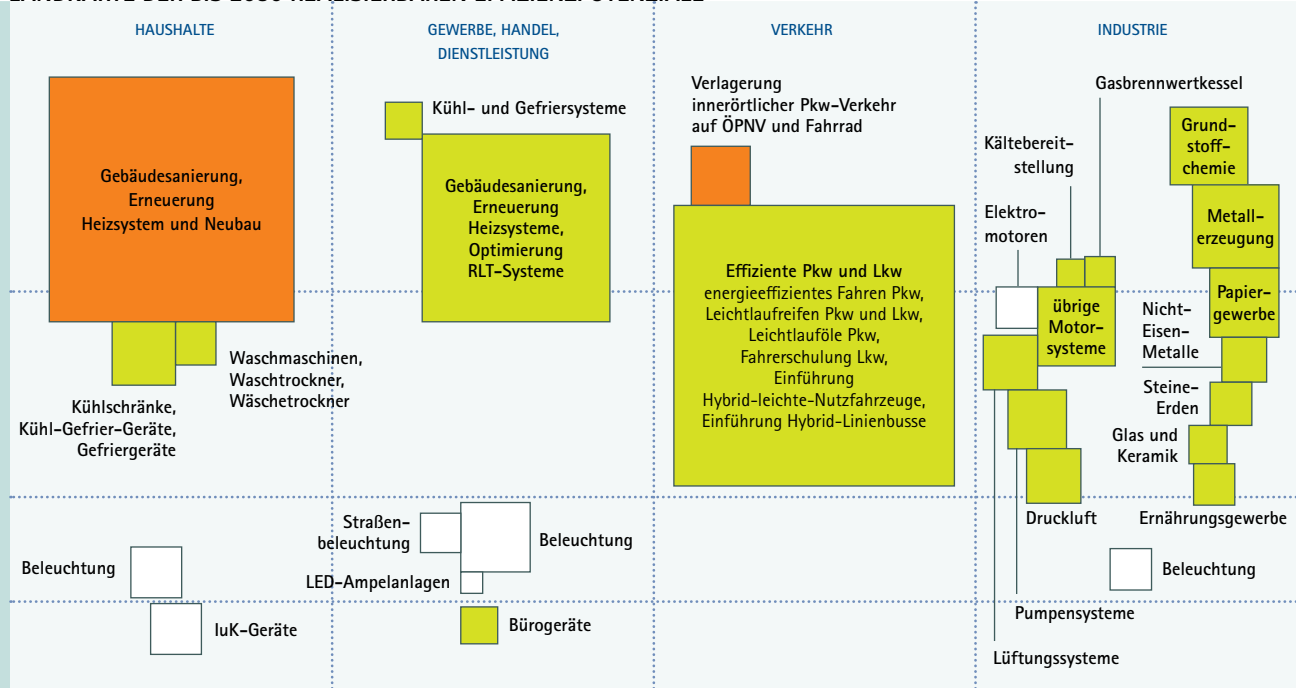
Von 1995 bis 2005 ist der Endenergieverbrauch in der EU insgesamt um gut 11 Prozent gestiegen, seitdem stagniert er. Die Industrie in der EU konnte ihren Endenergieverbrauch im gleichen Zeitraum um vier Prozent senken. Demgegenüber hat der Verbrauch im Verkehrssektor um 25 Prozent und bei Gewerbe und Dienstleistungen um 24 Prozent zugenommen.

Mehr Energieeffizienz ist sinnvoll und machbar:

Energieeffizienz senkt langfristig die Kosten in Haushalten, Gewerbe und Industrie. Für – insbesondere energieintensive – Unternehmen ist Energieeffizienz ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Daher sind die wirtschaftlichen Potentiale oftmals bereits erschöpft, so dass sich weitere nennenswerte Fortschritte nur durch besonders kapitalintensive, unwirtschaftliche Investitionen erzielen lassen.

Exportschlager Energieeffizienztechnologien:

Deutsche Unternehmen gehören bei den Effizienztechnologien zu den Vorreitern – sei es als Hersteller oder Anwender. Steigende Energiekosten werden weltweit zu einer erhöhten Nachfrage nach Energieeffizienzprodukten führen. Dies gilt für Investitionsgüter und Konsumgüter gleichermaßen. Energieeffiziente Produkte aus Deutschland haben im internationalen Wettbewerb hervorragende Marktchancen.

LANDKARTE DER BIS 2030 REALISIERBAREN EFFIZIENZPOTENZIALE

entspricht einem
Einsparpotential von 15 PJ/a

Handlungsbedarf bzgl. Weiterentwicklung politischer Instrumente
Orange: Groß, Gelb: Mittel, Grün: Gering

Quelle: IFEU, Fraunhofer, ISI, Prognos, GWS et. al. 2011: Endbericht Energieeffizienz: Potenziale, volkswirtschaftliche Effekte und innovative Handlungs- und Förderfelder für die nationale Klimaschutzinitiative

FOLGENDE LEITLINIEN MÜSSEN DAS ENERGIEPOLITISCHE HANDELN BESTIMMEN:

Bei gesetzlichen Zielvorgaben die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen:

Oberstes Gebot bei der Umsetzung der politischen Ziele und der Wahl der Mittel muss Wirtschaftlichkeit sein. Verpflichtende Einsparmaßnahmen können die Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Bei der Formulierung spezifischer Einsparziele sollten das jeweilige nationale Ausgangsniveau, Vorleistungen und Investitionszyklen berücksichtigt werden.

Verständnis für effizienten und sparsamen Umgang mit Energie systematisch ausbauen:

Der bewusste Umgang mit Energie sollte von Kindesalter an erlernt und in Schule und Ausbildung verinnerlicht werden. Als fester Bestandteil der Unternehmenskultur kann dies sogar Regulierung ersetzen. Bestehende Wissensdefizite bei privaten und gewerblichen Energieverbrauchern müssen durch zielgruppenspezifische Angebote systematisch abgebaut werden. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Bildungsträgern, IHK NRW und Unternehmen. Die IHKs in NRW engagieren sich hier bereits in der „Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation“.

Energieeffizienz-Netzwerke systematisch ausbauen:

Energieeffizienznetzwerke wie „LEEN“ bzw. das „Modell Hohenlohe“ treiben den Methoden- und Wissenstransfer unter „Gleichgesinnten“ voran und setzen Best-Practice-Maßnahmen in der Breite um. Auch die zahlreichen „ÖKOPROFIT-Projekte“ leisten einen nennenswerten Beitrag. Diese Modelle sind gute Beispiele, deren Transfer in die Breite sinnvoll sein kann.

Energieverbrauchskennzeichnung besser als Produktverbote:

Standardisierte Informationen zum Energieverbrauch und zu Einsparpotentialen von Produkten und Produktionsprozessen helfen Konsumenten bei ihren Kaufentscheidungen und unterstützen Unternehmen in ihrem Energiemanagement. Produkt-

WIE ES SEIN SOLLTE:

CHANCEN DER ENERGIEEFFIZIENZ NUTZEN

Energieeffizienz ist ein wesentlicher Beitrag der Wirtschaft zum Gelingen der geplanten Energiewende. Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind die entscheidende Option, um langfristig die betrieblichen Energiekosten zu senken. Gleichzeitig werden Ressourcen eingespart und CO₂-Emissionen reduziert. Effiziente Produkte eröffnen Produzenten neue Marktchancen. Auch Verbraucher profitieren von geringeren Energiekosten.

rankings, die ausschließlich auf dem Energieverbrauch basieren, können aber auch gesamtökologisch fragwürdige Kaufanreize auslösen. Insbesondere mit Verboten über die „Ökodesign“-Regelungen sollte maßvoll verfahren werden.

Energiemanagementsysteme sind auf freiwilliger Basis sinnvoll:

Energiemanagementsysteme sorgen für klare Verantwortlichkeiten und mehr Transparenz. Sie regen dauerhaft Energieeinsparungen an. Die Einführung ist aber sehr aufwendig, was gerade kleine und mittelständische Unternehmen oft abschreckt. Die Einführung sollte daher freiwillig bleiben. Ebenso lehnen wir einzelbetriebliche Quoten zu Effizienzsteigerungen oder Energieeinsparungen ab, da sie diejenigen Unternehmen benachteiligen, die in der Vergangenheit bereits Maßnahmen umgesetzt haben und bzw. oder an die Grenze des technisch Machbaren stoßen.

Energetische Gebäudesanierung erfordert verlässliche Zusagen der Politik:

Die Bundesregierung will die jährliche energetische Sanierungsrate auf zwei Prozent verdoppeln. Um zu aktivem Handeln anzuregen, sind aus Sicht von IHK NRW zinsgünstigen Krediten und/oder steuerlichen Anreizen gegenüber weiteren gesetzlichen Verpflichtungen der Vorzug zu geben. Bereits getroffene Zusagen der Politik im Hinblick auf die staatlichen Förderprogramme sind von dieser auch einzuhalten. Aus diesem Grund sollten die Fördermittel von den Einnahmen aus dem Emissionsrechtenthandel entkoppelt werden.

„Um steigenden Energiepreisen zu begegnen, setzen unsere Unternehmen vorrangig auf Effizienzsteigerungen. Damit die Unternehmen hier ihre Kreativität ausschöpfen können, sollte die Politik nötige Spielräume lassen und die Wirtschaftlichkeit bei gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen.“



Ortwin Goldbeck
BEGO – Goldbeck Beteiligungs GmbH, Bielefeld
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Ostwestfalen zu Bielefeld

„Energieintensive Industrien wie die Chemische Industrie sind auf eine kostengünstige und zuverlässige Energieversorgung angewiesen. Gleichzeitig arbeiten die Unternehmen, schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen, kontinuierlich an einer Verbesserung ihrer Energieeffizienz.“



Prof. Dr. Ulrich Lehner
Henkel AG & Co. KGaA, Düsseldorf
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf

IHK AachenTheaterstraße 6–10, 52062 Aachen | Tel. 0241 4460-0 | www.aachen.ihk.de**IHK Arnsberg, Hellweg-Sauerland**Königstraße 18–20, 59821 Arnsberg | Tel. 02931 878-0 | www.ihk-arnsberg.de**IHK Ostwestfalen zu Bielefeld**Elsa-Brändström-Str. 1–3, 33602 Bielefeld | Tel. 0521 554-0 | www.bielefeld.ihk.de**IHK Bonn/Rhein-Sieg**Bonner Talweg 17, 53113 Bonn | Tel. 0228 2284-0 | www.ihk-bonn.de**IHK Lippe zu Detmold**Leonardo-da-Vinci-Weg 2, 32760 Detmold | Tel. 05231 7601-0 | www.detmold.ihk.de**IHK zu Dortmund**Märkische Straße 120, 44141 Dortmund | Tel. 0231 5417-0 | www.dortmund.ihk24.de**Niederrheinische IHK Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg**Mercatorstraße 22–24, 47051 Duisburg | Tel. 0203 2821-0 | www.ihk-niederrhein.de**IHK zu Düsseldorf**Ernst-Schneider-Platz 1 | 40212 Düsseldorf | Tel. 0211 3557-0 | www.duesseldorf.ihk.de**IHK für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen**Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen | Tel. 0201 1892-0 | www.essen.ihk24.de**Südwestfälische IHK zu Hagen**Bahnhofstraße 18, 58095 Hagen | Tel. 02331 390-0 | www.hagen.ihk.de**IHK Köln**Unter Sachsenhausen 10–26, 50667 Köln | Tel. 0221 1640-0 | www.ihk-koeln.de**IHK Mittlerer Niederrhein**Nordwall 39, 47798 Krefeld | Tel. 02151 635-0 | www.mittlerer-niederrhein.ihk.de**IHK Mittleres Ruhrgebiet**Ostring 30–32, 44787 Bochum | Tel. 0234 9113-0 | www.bochum.ihk.de**IHK Nord Westfalen**Sentmaringer Weg 61, 48151 Münster | Tel. 0251 707-0 | www.ihk-nordwestfalen.de**IHK Siegen**Koblenzer Straße 121, 57072 Siegen | Tel. 0271 3302-0 | www.ihk-siegen.de**IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid**Heinrich-Kamp-Platz 2, 42103 Wuppertal (Elberfeld) | Tel. 0202 2490-0 | www.wuppertal.ihk24.de**HERAUSGEBER:**IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V.
Marienstraße 8 · 40212 Düsseldorfwww.ihk-nrw.deIHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen